



Rettungskräfte versuchten am gestrigen Tag, entlegene Gebirgsregionen im Osten Afghanistans zu erreichen, nachdem ein Erdbeben der Stärke 6,0 mehr als 800 Menschen das Leben gekostet und weitere etwa 3.000 verletzt hatte. Afghanische Behörden warnten, dass die Zahl der Todesopfer wahrscheinlich weiter steigen werde.

Die Bergungsarbeiten wurden durch Erdrutsche erschwert, die ganze Dörfer von der Außenwelt abschnitten. Nur wenige Länder – darunter Iran, Indien, Japan und die EU – boten der Taliban-Regierung Hilfsleistungen an.

Das Beben traf ein Land, das bereits mit multiplen Krisen kämpft. Laut den Vereinten Nationen sind über die Hälfte der rund 42 Millionen Afghaninnen und Afghanen auf humanitäre Hilfe angewiesen. Hilfsorganisationen bereiten sich auf einen harten Winter vor – bei schwindenden Mitteln und der Rückkehr von über zwei Millionen afghanischen Flüchtlingen aus Pakistan und dem Iran.

Brasiliens Demokratie auf dem Prüfstand

Brasiliens früherer Präsident Jair Bolsonaro muss sich ab heute vor Gericht verantworten. Der Vorwurf: Planung eines Staatsstreichs nach seiner Wahlniederlage 2022. Im Falle einer Verurteilung drohen ihm mehrere Jahrzehnte Haft.

Zivil gekleidete Polizeibeamte bewachen Bolsonaros Wohnhaus in Brasília, wo er unter Hausarrest steht – für den Fall, dass er zu fliehen versucht. Er trägt eine elektronische Fußfessel und bestreitet die Vorwürfe.

Viele Brazilianerinnen und Brazilianer sehen den Prozess als Sieg der Demokratie. Brasilien, das erst vor 40 Jahren die Militärdiktatur überwunden hat, bringt damit zustande, was den USA bisher verwehrt blieb: einen Ex-Präsidenten strafrechtlich wegen des Versuchs, nach einer verlorenen Wahl illegal an der Macht zu bleiben, anzuklagen.

Doch der Weg dorthin wirft Fragen auf. Denn das Oberste Gericht Brasiliens, insbesondere ein einzelner Richter, hat sich in der Aufarbeitung dieses Falles außergewöhnliche Kompetenzen gesichert – was nun Kritik an eines möglichen Machtmissbrauchs nährt. Das Land bereitet sich auf mögliche Unruhen während des Prozesses vor.



Das Verfahren vor dem Obersten Gerichtshof soll zwei Wochen dauern. Die Richter bewerten Beweismaterial, das über einen Zeitraum von fast zwei Jahren gesammelt wurde. Dazu zählt auch die Aussage von Bolsonaros persönlichem Sekretär, der im Rahmen eines Deal mit den Ermittlungsbehörden zugab, an der Planung eines möglichen Staatsstreichs beteiligt gewesen zu sein.

Xi, Putin und Modi demonstrieren Geschlossenheit

Beim gestrigen Gipfeltreffen im chinesischen Tianjin präsentierten sich die Staatsschefs Chinas, Russlands und Indiens demonstrativ einig: Xi Jinping, Wladimir Putin und Narendra Modi begrüßten sich mit Lächeln und in sehr gelöster Stimmung – wie enge Freunde.

In seiner Rede kritisierte Xi Jinping unverblümt die USA: Man müsse sich der „Mentalität des Kalten Kriegs, Blockkonfrontation und Schikane“ widersetzen. Russlands Präsident Putin gab dem Westen die Schuld am Krieg in der Ukraine. Indiens Premier Modi betonte die Bedeutung von Multilateralismus und einer inklusiven Weltordnung – also eines Systems, in dem Länder wie Indien mehr Mitspracherecht haben.

Im Anschluss sprachen Modi und Putin laut russischen Staatsmedien rund 50 Minuten lang miteinander – während einer gemeinsamen Fahrt im Auto Putins zu dem offiziellen Treffen.

Weitere Nachrichten im Überblick



- **Gaza:** Israels neue Offensive in Gaza-Stadt und veränderte Positionen in den Waffenstillstandsverhandlungen deuten darauf hin, dass der Krieg nicht bald enden wird.
- **Russland:** Bulgarische Behörden vermuten russische Verantwortliche hinter einer GPS-Störung eines Flugzeugs mit EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen an Bord.
- **Ukraine:** Die Polizei nahm einen Tatverdächtigen im Mordfall eines ehemaligen Parlamentspräsidenten fest – mit mutmaßlicher Beteiligung Moskaus.
- **Australien:** Rechtsextreme Proteste gegen Einwanderung bereiten der Regierung Sorgen.
- **Südkorea:** Nach einem 18-monatigen Boykott kehren viele Ärztinnen und Ärzte wieder an ihre Arbeitsplätze zurück.
- **Wirtschaft:** Der Lebensmittelkonzern Nestlé hat seinen CEO wegen einer nicht offengelegten Beziehung zu einer Untergebenen entlassen.
- **Mexiko:** Drogenkartelle setzen zunehmend moderne Kriegsführungstechnologien ein – darunter auch Drohnen.

Autor: P. Tiko